

	<b>Anfragen-Nr.</b>	
	<b>AF-0297/2017</b>	

# Anfrage

Frau  
Rexrodt, Gisela  
Stadtratsmitglied

<b>Betreff</b>
<b>Anfrage des Stadtratsmitgliedes Frau Rexrodt - Gebietsreform</b>

## I. Sachverhalt

Da mein Antrag, „Die Oberbürgermeisterin informiert den Stadtrat über den Inhalt des Schreibens an den Innenminister zur Gebietsreform“, mehrheitlich abgelehnt wurde, neben mir sicher auch die sieben Stadtratsmitglieder, die meinem Antrag zustimmten, an dem Inhalt nach wie vor interessiert sind, nutze ich die Möglichkeit der Fragestellung, da mir das Auskunftsrecht gemäß Urteil OVG vom 16.10.2013 zusteht.

Um den Sinn der nachfolgend gestellten Fragen deutlich zu machen, zitiere ich aus Pressemitteilungen, in denen sich die Oberbürgermeisterin im „Namen der Stadt“ und auch Bürgermeister Dr. Möller zur Gebietsreform äußern.

Zur Erinnerung/Erläuterung erlaube ich mir, den Zwischenbericht der Oberbürgermeisterin vom 18.12.2013, in dem auch der Stadtratsbeschluss vom 27.11. 2013 enthalten ist, als Anlage anzufügen.

TLZ vom 31.12.2016 zu Frage 1:

„Die Frage des Innenministers war, wo wir als Stadt Probleme sehen, wenn sich Gemeinden im Umland in der jetzigen Phase der Freiwilligkeit zusammenschließen. ...Wichtig ist für mich nicht der Status sondern die Funktionen. Sozialamt, Jugendamt, Sparkasse oder Jobcenter müssen bleiben. Ich arbeite mich nicht am Begriff der Kreisstadt ab.“

TA vom 09.01.2017 zu Frage 2:

„Bei Fusion mit dem Landkreis gingen Sozialamt und Jugendhilfe auf jeden Fall in dessen Regie. Wohl auch die Umweltverwaltung. Ob die Schulträgerschaft und die Bauverwaltung, das ist nicht endgültig entschieden.“

TA vom 10.01.2017 (Interview mit BM Dr. Möller) zu Frage 3 und 4:

„Dafür arbeiten, dass Eisenach und das Umland durch die Gebietsreform gestärkt werden und wir mit Bad Salzungen eine faire sowie ausgeglichene Lösung finden, mit der Eisenach wieder Kreisstadt wird.“

## II. Fragestellung

1. Welche Fragen stellte der Innenminister und welche Antworten gab die Oberbürgermeisterin im „Namen der Stadt“? (Bitte den konkreten Wortlaut angeben.)
2. Auf welchen Intensionen/Erkenntnissen beruhen die unterschiedlichen Aussagen der Oberbürgermeisterin hinsichtlich der bei der Stadt zu verbleibenden Aufgaben innerhalb von 9 Tagen?

3. Wie sind die unterschiedlichen Aussagen der Oberbürgermeisterin und des Bürgermeisters zum Status der Stadt zu beurteilen/zu werten? (Anm.: Ich unterstütze ausdrücklich die Aussage des Bürgermeisters.)
4. Mit welchem Gremium des Stadtrates wurden sowohl der Inhalt des Schreibens an den Innenminister, das im „Namen der Stadt“ verfasst wurde, als auch die in der Presse getätigten Aussagen der Oberbürgermeisterin abgestimmt/beschlossen und aus welchem Grund weichen diese vom Zwischenbericht und dem gefassten Stadtratsbeschluss ab?

Frau  
Rexrodt, Gisela  
Stadtratsmitglied